



**Brigitte Zypries**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Justiziarin der SPD-Bundestagsfraktion  
Wilhelminenstr. 7a, 64283 Darmstadt

Telefon 06151 3605078

Fax 06151 3605080

E-Mail: [brigitte.zypries@wk.bundestag.de](mailto:brigitte.zypries@wk.bundestag.de)

05.05.2011

### **Zypries fordert Fairness auf dem Arbeitsmarkt**

Immer mehr Beschäftigte werden befristet eingestellt, bekommen nur Teilzeitstellen oder arbeiten als Leiharbeitskräfte. Die Angst vor unsicheren Zukunftsperspektiven verhindert, dass Beschäftigte ihre Arbeitnehmerrechte wahrnehmen und für eine angemessene Vergütung eintreten. Dieses Fazit zogen die Darmstädter SPD-Bundestagsabgeordnete Brigitte Zypries und der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Hubertus Heil auf einer Betriebs- und Personalrätekonferenz am vergangenen Dienstag (3.).

Vor über 40 Arbeitnehmervertretern forderten die beiden SPD-Politiker eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt und machten sich für einen gesetzlichen Mindestlohn stark. Es müsse sichergestellt werden, dass der derzeitige wirtschaftliche Aufschwung stetig und nachhaltig sei und ein Aufschwung für alle werde. Einer Spaltung des Arbeitsmarktes müsse aktiv entgegengewirkt werden. Zypries und Heil verlangten: „Für gleiche Arbeit muss es gleichen Lohn geben. Es kann nicht sein, dass ein Leiharbeiter weniger verdient als der Stammebelegschaftskollege an derselben Werkbank.“ Die anwesenden Betriebsräte unterstützten diese Forderung nachdrücklich. Der Missbrauch von Leiharbeit und die unterschiedlichen Lohnniveaus führten zu Spannungen und Unruhe unter den Arbeitnehmern und förderten die Angst der Stammebelegschaft, durch Leiharbeitskräfte ersetzt zu werden.

Der Merck-Betriebsratsvorsitzende Heiner Wilhelm verlangte ein gemeinsames und abgestimmtes Vorgehen im Umgang mit Leiharbeitnehmern innerhalb Darmstadts und der Region. Zypries versprach, dass die SPD Darmstadt mit der Gründung eines Gewerkschaftsrates diese Idee aufgreifen werde. Man wolle eine Informations- und Diskussionsplattform für die Betriebs- und Personalräte der Region schaffen.

Pressemitteilung